

Betreff (Wiederholung von Seite 1 – bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen):

Bauklizenz

Antrag (Bitte formulieren Sie so, dass mit "ich stimme zu" oder "ich stimme nicht zu" abgestimmt werden kann) **oder Anfrage:**

siehe Anlage

Raum für Vermerke des Direktoriums - bitte nicht beschriften -

ohne Gegenstimme angenommen

mit Mehrheit angenommen *10.1*

ohne Gegenstimme abgelehnt

mit Mehrheit abgelehnt *10.2*

Antrag von

Ich stelle folgenden Antrag:

Die Bürgerinnen und Bürger der Maxvorstadt fordern die politischen Vertreter in Bezirksausschuss und Stadtparlament dazu auf, dafür zu sorgen, dass Anwohnerparklizenzen nur noch für Personenkraftwagen ausgegeben werden, die auch regelmäßig bewegt werden. Dies sollen zwei Maßnahmen erreichen:

Erstens: Die Parklizenzgebühr wird erhöht und nach der Größe der Fahrzeuge gestaffelt. Für Fahrzeuge, die länger als fünf Meter sind oder mehr als zehn Quadratmeter Parkfläche benötigen, gibt es in Zukunft keine Lizenz. Damit würden die großen Wohnmobile von den Anwohnerparkflächen als Dauerparker verschwinden.

Zweitens: Eine Parklizenz wird nur erteilt, wenn die Fahrzeuge im Jahr mindestens 5.000 Kilometer fahren. Alle zwei Jahre wird bei den Hauptuntersuchen, die TÜV, Dekra und andere Institutionen durchführen, im Prüfbericht auch der Kilometerstand festgehalten. Aus diesen Angaben kann in einem Zweijahresvergleich die durchschnittliche Laufleistung einfach ermittelt werden.

*mehr kritische
abgelehnt*

Begründung:

Der öffentliche Raum darf nicht zu einer Abstellkammer für kaum oder gar nicht genutzte Fahrzeuge verkommen. Die öffentlichen Parkflächen sollen primär denen zustehen, die einen Personenkraftwagen auch regelmäßig nutzen. Nutzlose Dinge sind Privatsache und gehören nicht in den öffentlichen Raum.

Da Preise und Kosten offenbar der einzige Weg sind, den die Gesellschaft mehrheitlich akzeptiert, um Probleme bewusst zu machen oder um Verhaltensweisen zu verändern, sollen im öffentlichen Parkraum die Preise so angehoben werden, dass sie ein Umdenken und Handeln bei denen bewirken, die gedankenlos Autos jedweder Größe irgendwo parken und damit ihrer Verantwortung für das Gemeinwohl nicht gerecht werden. Bei hohen Lizenzgebühren muss es selbstverständlich Ausnahmen geben, wenn sozialpolitische Gründe dies gebieten.

Hier muss man das Rad nicht neu erfinden. Die Landeshauptstadt kann sich an den Städten orientieren, die heute schon Parklizenzen nach anderen Regeln vergeben. (Siehe Süddeutsche Zeitung 5./6.11.2022)

Noch eine Anmerkung zum Schluss:

Mir ist bewusst, dass die bayerische Staatsregierung den Kommunen erst erlauben muss, dass diese die Parklizenzgebühren selbst festlegen dürfen. Das tut sie aber nicht. Aber was soll man von einer Regierungspartei erwarten, die nur noch an High Tech und Heimat denkt.

Damit gebe ich mich nicht zufrieden und bitte sie, meine Damen und Herren, dass sie meinem Antrag zustimmen.